

A N T R A G

der Abgeordneten Pfister, Hundsmüller, Mag. Samwald, Razborcan, Mag.^a Renner, Rosenmaier, Mag.^a Scheele, Schindele, Schmidt, Mag.^a Suchan-Mayr, Weninger, Wiesinger und Windholz, MSc,

betreffend: Teuerung auf Rekordniveau – umfassende und rasch wirksame Maßnahmen jetzt!

Die Inflation in Österreich ist auf einem fast 50-jährigen Rekordhoch. Laut Schnellschätzung der Statistik Austria wird die Preissteigerung für Mai 2022 bei 8,1% liegen.

Die dramatische Situation hat sich in den letzten Monaten verschärft¹, eine Entspannung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, Experten gehen sogar davon aus, dass die Inflation in Österreich bis auf 9% steigen könnte (OeNB)². Nach den Preissteigerungen beim Tanken und Heizen, kommen jetzt Wohnen und Lebensmittel dran, denn Lebensmittelketten haben bereits begonnen, die Preise auf Grund der gestiegenen Kosten für Rohstoffe und Energie zu erhöhen.

Die Konsequenz der Preissteigerung sind echte Einkommensverluste für die Menschen, denn die Entwicklung der Löhne und Gehälter hält mit diesen Preissteigerungen nicht mehr mit. „Das ist der stärkste bisher gemessene Rückgang der Pro-Kopf-Löhne, seit es dazu Statistiken gibt“, sagt der Chef des WIFO³.

Einige besonders betroffene Personengruppen:

Für viele junge Familien, die solche Teuerungen noch nie erlebt haben, und für viele Pensionist*innen werden die exorbitanten Preissteigerungen zum Beispiel beim Einkaufen, Wohnen, Heizen, Strom oder Autofahren, kurzum in allen wesentlichsten Bereichen des täglichen Lebens, existenzbedrohend. Die Preisanstiege liegen weit über dem 2%-Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (nämlich viermal so hoch!).

¹ https://www.statistik.at/web_de/presse/index.html?cat1=18&dmin=04.01.2022&dmax=04.04.2022

² Tageszeitung Die Presse, 2.4.2022

³ Felbermayer (Wifo) in <https://kurier.at/politik/inland/wifo-chef-bei-gas-oel-importstopp-waere-ganz-oesterreich-in-rezession/401951323>

Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben privater Haushalte betragen laut Konsumerhebung der Statistik Austria 3.250 €, der größte Anteil davon wurde mit 24,4% für Wohnen und Energie ausgegeben (oder 780 €), für Verkehr 13,9% (oder 450 €), Ernährung und alkoholfreie Getränke 12,1% (oder 390 €)⁴.

Für die Österreicher*innen bedeutet das, dass Wohnen und Heizen einen immer höheren Anteil des verfügbaren Monatseinkommens auffressen, für Pendler*innen mit kleinen und niedrigen Einkommen, wird der Weg in die Arbeit zum Luxus, vor allem am Land können sie nicht auf öffentliche Verkehrsmittel ausweichen, und jetzt kommen auch noch die Preissteigerungen bei Mieten und Nahrungsmitteln dazu. Die Bundesregierung hat nichts gegen die steigenden Richtwert- und Kategoriemieten getan, obwohl sie dies bis Ende März hätte tun können.

Das Arbeitslosengeld sollte der Existenzsicherung dienen, Ende Mai 2022 waren 311.543 Menschen arbeitslos, davon sind weiterhin fast ein Drittel länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Von den Zigtausenden in Kurzarbeit wird nicht einmal mehr gesprochen. Oft reicht das Geld nicht einmal für das Nötigste, durch die Einkommensverluste wegen der Preissteigerungen bricht diesen Personen die Existenzgrundlage weg.

Auch Studierende werden von der aktuellen Teuerung besonders hart getroffen, weil sie einen immer höheren Anteil des Gesamteinkommens für Wohnen und Nahrungsmittel aufwenden müssen. Die Studienbeihilfe wurde zuletzt 2017 erhöht. Die Anhebung der Studienbeihilfe um 8,5% kann die Teuerung bis zum Jahr 2021 kompensieren, nicht aber die Preisexplosionen seit Beginn des Jahres 2022.

Die rasante Teuerung ist auch für Pensionist*innen nicht mehr zu stemmen. Die jährliche gesetzliche Inflationsanpassung erfolgt rückwirkend per Jänner und betrug zuletzt 1,8%, die Teuerung aber liegt aktuell bei 8,1%. Bis zur nächsten regulären Anpassung dauert es noch länger als ein halbes Jahr. Der von der Regierung angekündigte Energiekostenausgleich als Einmalzahlung deckt die gestiegenen Energiepreise nur teilweise, eine Abgeltung des bereits entstandenen und noch bevorstehenden Kaufkraftverlustes ist dringend notwendig.

⁴ https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/verbrauchsausgaben/konsumerhebung_2019_2020/126015.html

Vor allem die Energieunternehmen befinden sich in einer Gewinn-Preisspirale, Unternehmen die kostengünstig Energie mit Wind- oder Wasserkraft bzw. Sonnenenergie erzeugen, profitieren genauso von den steigenden Preisen wie die Mineralölkonzerne⁵, letztere erhöhen ihre Gewinnspanne um das 1,5fache⁶. Sogar die Preise für Holzpellets sind auf einem Rekordhoch, weil die Erzeuger auf gestiegene Herstellungskosten verweisen, dabei galten Pellets als von der Preisentwicklung im Ausland unabhängige Brennstoffe.⁷

Aus dem viel beschworenen Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz ist bis heute kein einziger Euro geflossen, der Ökostromausbau steht still. Seit Juli 2021 warten die Ökostromerzeuger vergebens auf die nötigen Verordnungen der zuständigen Minister*innen für die Förderrichtlinien. Einen Plan für die Reduktion fossiler Energieträger und zur Stärkung der Versorgungssicherheit hat die Regierung ebenso wenig vorgelegt. Außer Sightseeing in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten hat die Regierung noch nichts vorzuweisen, was die Diversifizierung der Gasversorgung betrifft. Während die deutsche Bundesregierung bereits innerhalb weniger Monate die Abhängigkeit von russischem Erdgas von 55% auf 35% verringert hat und die Abhängigkeit von russischer Kohle drastisch reduziert hat, sind seitens der österreichischen Bundesregierung weder ein entsprechender Plan, noch konkrete Ergebnisse bekannt.

Während die Menschen unter den hohen Energiepreisen ächzen, verdient der Finanzminister gut an der Inflation. In den Jahren 2022 und 2023 werden aufgrund der exorbitanten Preissteigerungen mehr als 10 Mrd. € zusätzlich in sein Budget fließen.

Einige Versäumnisse der Bundesregierung:

- keine Preisregulierung der Treibstoffe, obwohl diese gesetzlich geboten gewesen wäre (§ 5a Preisgesetz),
- keine wirksame temporäre Streichung der Verbrauchssteuern auf Lebensmittel, Strom, Erdgas und Treibstoffe,
- keine Abschöpfung der Übergewinne bzw. Krisengewinne bestimmter Energiekonzerne,
- keine Aussetzung der Mieterhöhungen,

⁵ <https://awblog.at/energiepreiskrise-und-gewinn-preis-spirale-bremsen-konjunktur/>

⁶ <https://www.momentum-institut.at/news/benzinpreise-mineraloelkonzerne-vervielfachen-gewinnspanne>

⁷ <https://www.sn.at/salzburg/wirtschaft/preisexplosion-auch-pellets-sind-in-salzburg-jetzt-teuer-wie-nie-zuvor-119383336>

- keinerlei Maßnahmen bei den Pensionen, bei der Sozialhilfe/Mindestsicherung, beim Arbeitslosengeld,
- keine Umstellung des Pendlerpauschales, sodass alle für dieselbe Wegstrecke dasselbe bekommen
- und nur eine unzureichende Senkung der Einkommensteuer in den unteren und mittleren Steuerstufen.

Die Gefertigten stellen daher nachstehenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, umgehend ein Paket mit sofort wirkenden Maßnahmen gegen die Teuerung auszuarbeiten und dem Nationalrat zuzuleiten. Dabei sollen folgende Maßnahmen zur Erhöhung der Einkommen, Dämpfung der Preissteigerungen, mehr Verteilungsgerechtigkeit und für eine zukunftsorientierte Energiepolitik kombiniert werden:

1. Erhöhung der Einkommen:

- Senkung der Steuern auf Arbeit, damit die Menschen pro Jahr 1.000 € mehr Netto-Einkommen erzielen,
- ökologische Reform des Pendlerpauschales durch Umwandlung in einen gerechten kilometerabhängigen Absetzbetrag für Pendler*innen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie Valorisierung des Kilometergeldes,
- Vorziehen der Pensionserhöhung für alle Pensionist*innen bis zur ASVG-Höchstpension und des Pflegegeldes spätestens ab Mitte 2022,
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70% des Letzteinkommens, jährliche Valorisierung des Arbeitslosengeldes und Verdreifachung des Familienzuschlages,
- ausreichende Valorisierung der Studienförderung für Studierende.

2. Dämpfung der Preissteigerungen:

- Sofortige Rücknahme der Erhöhung der Richtwert- und Kategoriemieten,
- Vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer im Bereich Lebensmittel, Treibstoffe, Strom und Gas,
- Festlegung einer Preisobergrenze für Treibstoffe durch den Wirtschaftsminister,

- und Festlegung eines Preisdeckels bei Strom und Gas für Personen mit geringeren Einkommen, finanziert durch Abschöpfung überhoher Gewinne bestimmter Erzeuger,
- Überwachung aller Preise durch umfassendes Monitoring und empfindliche Strafen für die Nichtweitergabe von Steuersenkungen.

3. Maßnahmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit:

- Sofortige Erhöhung der Mindestpensionen (Ausgleichszulage) und damit auch der Mindestsicherung,
- Abschöpfung der Krisengewinne und finanzieller Beitrag der Energiekonzerne, die in der Krise Übergewinne machen,
- Rücknahme der Pläne zur Kapitalertragsteuerbefreiung von Aktien- und Fondsgewinnen sowie
- Rücknahme der Körperschaftsteuersenkung.

4. Zukunftsorientierte Energiepolitik:

- Erneuerbaren-Ausbau endlich umsetzen – Erlassung der fehlenden Verordnungen,
- Steigerung der Energieeffizienz – Energieverschwendung stoppen und Kostenbelastung senken,
- einen klaren Zeitplan für alternative Gas-Quellen und Ausstiegsszenarien für die einzelnen Sektoren (Raumwärme, Industrie, etc.) vorlegen, damit künftige Preis-Schocks vermieden werden können,
- wirksame Hilfe beim Ausstieg aus der Erdgasnutzung für Haushalte.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Sozial-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.